zwischen, daß sie sich selber über diese immerhin nicht unwichtigen Dinge noch nicht ganz im Klaren ist oder aber eine klare Formulierung nicht für opportun erachtet. Der 3. Weltkongreß wird also das nachzuholen haben, was hier von der Exekutive unter dem Vorsitz des Genossen Sinowjew verfäumt wurde.

Sowjetrußland.

Lenin für die Notwendigkeit des Staatskapitalismus.

Moskau, 3. Mai. (Via Christiania.) „Westnik" meldet: In einem Aufsatze über die Naturalsteuern schreibt Lenin über die Hilfe für die Bauern als die wichtigste Aufgabe der Sowjetmacht unter anderem folgendes:

„Im Jahre 1921 ist die Lage der Dinge in Rußland eine solche, daß unverzüglich energische Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der Bauernschaft, zur Hebung ihrer Produktionskraft unerläßlich waren. Warum mußten diese Maßnahmen zu Gunsten der Bauern und nicht zu Gunsten der Arbeiter getroffen werden? Das war deshalb notwendig, weil zur Verbesserung der Lage der Arbeiter vor allen Dingen Brot und Heizmaterial nötig sind. Die Getreideproduktion heben und die Lage der Heizmaterialversorgung bessern können wir nur auf diese Weise, daß wir die Lage der Bauern verbessern und ihre Produktionskraft heben. Wer das nicht versteht, daß der Anfang gerade mit der Bauernschaft gemacht werden muß, wer darin ein Verdrängen der Arbeiterschaft aus den ersten Reihen sieht, eine „Losjagung" von der Diktatur des Proletariats, der läßt sich nur von leeren Phrasen beherrschen. Diktatur des Proletariats — das ist die Leitung der Politik eines Landes durch das Proletariat. Das Proletariat als herrschende Klasse muß es verstehen, in der Politik immer die brennendsten Fragen zu lösen. Die wichtigste und verwickeltste Frage sind jetzt die Maßnahmen, die dazu dienen, unverzüglich die Produktionskräfte der Bauernschaft zu heben; denn nur so können wir eine Verbesserung der Lage der Arbeiter und eine Stärkung der Beziehungen zwischen Arbeitern und Bauern und dadurch eine Stärkung der Diktatur des Proletariats erzielen. Ein Proletarier oder Vertreter des Proletariats, der die Verbesserung der Lage der Arbeiter nicht an" diesen. Wege erreichen will, ist in Wahrheit nichts anderes als ein Helfershelfer der Weißgardisten und Kapitalisten. Man darf die Zunftinteressen der Arbeiter nicht höher stellen, als ihre Klasseninteressen.

Man darf die Interessen der gesamten Arbeiterklasse nicht den Privatinteressen einzelner zum Opfer bringen. Die wichtigste Aufgabe ist die sofortige ernste Maßnahme für Hebung der Produktionskraft der Bauern."

In seinen weiteren Ausführungen schreibt Lenin über das Thema: „Durch den Staatskapitalismus zum Sozialismus" folgendes:

„Wir können den kleinen Landwirten noch lange nicht alle Produkte geben, deren sie bedürfen und werden dies noch eine Zeit hindurch nicht tun können. Dies wird erst dann möglich sein, wenn der Elektrifizierungsvorzug des Landes beendet sein wird. Im gegebenen Moment müssen wir aber von zwei Dingen das eine wählen: Entweder wir verbieten vollständig jeden nichtstaatlichen Warenaustausch oder aber wir verbieten die Entwicklung des Kapitalismus nicht, sondern bemühen uns, ihn zum Staatskapitalismus zu machen. Die erste Lösung wäre eine Dummheit von Seiten jener Partei, die diese Politik versuchen würde: denn erstens ist diese Politik wirtschaftlich nicht durchführbar und zweitens würde sie zum Krach jener Partei führen, die diese Politik verfolgt. Die zweite Lösung ist wirtschaftlich möglich und es gibt hier nichts, das mit der Diktatur des Proletariats unvereinbar wäre. Im Gegenteil, der Staatskapitalismus ist ein Schritt vorwärts zur endgültigen Vernichtung der kleinbürgerlichen Ideologie. Man begeht einen großen Fehler, wenn man den Staatskapitalismus nur mit dem Sozialismus vergleicht, oder den Staatskapitalismus dem Sozialismus gegenüberstellt. In der jetzigen politisch-ökonomischen Lage sollte man Vergleiche zwischen dem Staatskapitalismus und dem kleinbürgerlichen Produktionssystem ziehen. Der Kern der Frage liegt darin, daß man Mittel finden muß, auf eine gewisse Zeit die Entwicklung des Kapitalismus in den Bett des Staatskapitalismus zu leiten, um den Uebergang vom Staatskapitalismus zum Sozialismus sicher zurstellen."

An der Entwicklung Rußlands zum Staatskapitalismus kann man nicht Kritik üben, weil man an den Gesetzen der Geschichte nicht Kritik üben kann. Nun entsteht für uns die Frage: Wie wird die Politik der 3. Internationale durch diese Entwicklung zum Staatskapitalismus beeinflußt? Wir verweisen in dieser Hinsicht auf den Aufsatz: „Die Krise in der 3. Internationale" im neuesten Heft des „Proletarier".

Gegen das „Konzessionsfieber".

In der „Kommunistischen Schule" wendet sich Eugen Varga in scharfen Worten gegen jenes „Konzessionsfieber", das seiner Meinung nach einige Kreise von „verantwortlichen" Sowjetarbeitern, besonders Spezialisten, ergriffen hat. In den an „Konzessionsfieber" Erkrankten tritt Varga auch jene Sowjetarbeiter, die das Rettung der russischen Industrie in ihrer Rückkehr zum Kapitalismus, wenn auch in modifizierter Form, erwarten und „anfeuert sich zu bemühen, durch eigene ausdauernde Arbeit alle Möglichkeiten auszunützen, sie ihre Blicke auf das ausländische Kapital richten, welches mit einem Schlage alles in Ordnung bringen wird."

„Nun solche Gesinnung von Konzessionen könnte für Rußland verderblich werden; dadurch würde der realisierte Wirtschaftsplan gestört werden; auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens würde sich dem Kapitalismus ein weites Feld öffnen und das ausländische Kapital würde alle seine Gewinne aus Rußland ausführen, in den für Rußland am wenigsten günstigen Formen: „in natura". Es kann nur von der Erteilung einiger großer Konzessionen in genau festgestellten geographischen Grenzen, nicht von hunderten kleinen Konzessionen die Rede sein, wie das die am „Konzessionsfieber" erkrankten Personen wünschen."

Vargas Meinung nach ist eine Ursache des „Konzessionsfiebers" darin zu suchen, daß die Mehrzahl der Spezialisten überzeugte Anhänger des Kapitalismus sind und aufrichtig glauben, daß nur auf kapitalistischer Grundlage eine Wiederaufrichtung der Industrie möglich ist. Und deshalb handeln alle bürgerlichen Ideologen nur in guten Glauben, wenn sie für die Erteilung einer möglichst großen Anzahl von Konzessionen sind. — „Ebenso deshalb müssen die Kommunisten dieser gefährlichen Erscheinung energisch gegenüberstreten. Sie müssen sich immer dafür erinnern, daß die übrigen Spezialisten bewußte oder unbewußte Feinde der Sowjetmacht sind, da sie in den Konzessionen den Weg der Rückkehr zum Kapitalismus sehen würden. Wir brauchen diese Konzessionen, die wir dem ausländischen Kapital erteilen, als ein Mittel zur Stärkung der Macht des Proletariats und zur Entwicklung unserer sozialen Wirtschaftsbetriebe. Die anderen dagegen wollen die Konzessionen aus dem Grunde, um das ganze Wirtschaftsleben Rußlands wieder auf kapitalistischer Grundlage aufzubauen. Eben deshalb ist die größte Vorsicht und die strenge Kontrolle am Platze."

Zur Frage der Handelsbeziehungen mit Japan.

„Izwestia" meldet: Bei der Beisprechung des englisch-russischen Handelsabkommens machte das Mitglied des japanischen Parlaments, Kuoll, die Regierung auf die Möglichkeit der Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zwischen Rußland und Amerika aufmerksam und wies darauf hin, daß die Politik Amerikas immer Konzessionen in Sibirien und Schwächung des japanischen Einflusses im Fernen Osten zum Ziele gehabt habe. Nach der Meinung Kuolls liege es im Interesse Japans, ein Abkommen mit Rußland zu treffen, was mit der Anerkennung der russischen Regierung gleichbedeutend wäre.

Groß-Berlin.

Der „Rote Fahne" ins Stammbuch.

Die „Rote Fahne" bringt in ihrer Nr. 199 (Morgenausgabe vom 4. Mai) einen Bericht über den im April stattgefundenen Reichserwerbslosenkongreß. Daß die „Rote Fahne" keinen objektiven Bericht bringt, wird keiner, der die Lage kennt, verlangen, am allerwenigsten wir, die wir in dieser Hinsicht unsere Erfahrungen haben. Der wahre Charakter dieses Kongresses wurde von einem Kollegen, Mitglied der V.K.P.D., mit der Erklärung aufgezeichnet, es wäre jetzt die Aktionsfrage gekommen, dadurch wären sie (die immer erklärten, die Erwerbslosenfrage wäre nur durch die Revolution zu lösen) in ihrer emsigen Arbeit (also durch die Revolution) gestört worden. Der revolutionäre Parlamentarier Malzahn empfiehlt die Lerchenbrotschüre und warnte vor höheren Dummheiten. Er verspricht dann noch weitestgehende finanzielle Unterstützung von seiten seiner Partei, mußte sich aber von seinen eigenen Genossen sagen lassen, daß er dazu kein Recht habe.

Ein Genosse der A.A.U.D. präzisierte grundsätzlich unsere Stellung zur Erwerbslosenfrage. Die Erfassung der Erwerbslosen durch Aktionsausschüsse, die mit den Betriebsausschüssen der Arbeitenden zusammen eine Front herzustellen haben und den Weg weiter gehen müßten, den die mitteldeutschen Arbeiter gezeigt haben. Er stellte weiter fest, daß der Erwerbslosenkongreß so oft er irgend kann, zusammen kommt, und seinen Unwillen erklärt, was ihn aber nicht hindert, sofort wieder neue Forderungen aufzustellen in der Gewißheit, daß die Regierung darüber mit Gelächter zur Tagesordnung übergeht. Nur Theater, wozu wir unsere Hand nicht bieten können.

Daß die „Rote Fahne" die Ausführungen des Vertreters der A.A.U.D. entstellt und gefälscht wiedergibt, sind wir gewöhnt, und auch ein großer Teil der übrigen Arbeiterschaft wird sich darüber nicht wundern, daß Malzahn das Bedürfnis hat, sich der Bourgeoisie als ein Lerd-Jünger so rasch als möglich vorzustellen; das ist bei einem solchen Charakter begreiflich. Daß die sogenannte „Linke" bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit eine „Einigkeit" mit uns konstruiert, ist Leuten, die in ihrer Hilflosigkeit sich an jeden Strohhalm klammern, nicht übelzunehmen.

Wenn wir in Zukunft Vorsicht üben im Verkehr mit der V.K.P.D., so deshalb, weil durch die Skrupellosigkeit, mit der beide Richtungen ihr Ziel zu erreichen suchen, die Gefahr vorliegt, daß unsere Genossen den Hüschern in die Arme getrieben werden.

An die infolge der Märzaktion gemaßregelten Arbeiter und Arbeiterinnen!

Die durch die Märzaktion arbeitslos gewordenen Arbeiter konnten bis jetzt die Arbeitslosenunterstützung noch nicht in Anspruch nehmen nach Verfügung des Reichsarbeitsministers, die lautet:

„Die nicht durch Arbeitsmangel entlassenen Arbeiter erhalten nach Ablauf von 4 Wochen Erwerbslosenunterstützung durch die Erwerbslosenfürsorge."

Es ist diesen Opfern also jetzt endlich möglich, Unterstützung zu erhalten.

Mitteilungen.

16. Unterbezirk. Freitag, den 13. Mai, abends 7 Uhr, Mitgliederversammlung. Lokal ist durch die Bezirksführung zu erfahren. Jeder Genosse hat zu erscheinen. Mitgliedskarte legitimiert.

Die Jugendgruppe Spandau der KAJ. tagt von jetzt ab jeden Donnerstag von 7—10 Uhr im Alten Schützenhaus, Neuendorfer Straße part.

— Die Sammelliste der „Roten Hilfe" Nr. 8586 ist verloren gegangen. (Gesammelt sind darauf 72 Mark.)

— Die Mitgliedskarte auf den Namen Paul Hahn ist verloren gegangen. 13. Unterbezirk.

Genossen! Verbreitet Eure Zeitung!

Neuerscheinungen:

Lenin: Die drohende Katastrophe und wie soll man sie bekämpfen? Preis 2,50 Mk.

Lenin: Der Imperialismus als jüngste Etappe des Kapitalismus. Preis 4 Mk.

— Die Weltlage und die Aufgaben der K. J. 1,50 Mk.

— Die auswärtige und die innere Politik Sowjetrußlands. 1 Mk.

— Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten? Preis 2,50 Mk.

Sinowjew: Zwölf Tage in Deutschland. Preis 2 Mk.

Sofonowky: Amsterdam, Moskau, London. Preis 1 Mk.

Grosz: Das Gesicht der herrschenden Klasse. (60 Karikaturen.) Preis 8 Mk.

Pogany: Der weiße Terror in Ungarn. Preis 8 Mk.

Winokurow: Soziale Fürsorge in Sowjetrußland. 50 Pf.

Kommunistische Internationale Nr. 15. Preis 7 Mk.

Zu unserem Vorrat sind noch folgende Schriften vorrätig:

Der erste Kongreß der Komintern. Internationale Protokoll der Verhandlungen	6,— Mark
Manifest, Statuten, Beschlüsse des Ersten Kongresses. Aufrufe und offene Schreiben der K. I. bis zum Zweiten Kongreß	12,— Mark
Protokoll Vereinigung u. Komm. Mat.-Sozialdi.	4,50 Mark
Kommunistische Internationale Nr. 11	6,— Mark
Nr. 14	7,— Mark
Russische Korrespondenz, Bd. III Nr. 2-4	6,— Mark
Sinowjew: Lehre ausländische Kongresse	1,— Mark
Radek: Die Schwelle der großen Aufsenarbeit in Sowjetrußland	—,50 Mark
Lenin: Die neue ökonomische Politik Sowjetrußl.	1,— Mark
—: Die Weltlage und die Aufgaben der K. J.	1,50 Mark
Pavesi: Die etatistische Expansion der Sowjetmacht	2,— Mark
Varga Jewgenij: Das Arbeitslosenproblem und seine Lösung	—,40 Mark
Kleine Bibliothek der Russischen Korrespondenz je die Heft 30-37 erschienen.	

Außerdem sämtliche andere kommunistische Literatur. Versand nur gegen Voreinsendung oder Nachnahme. Zu beziehen durch den Verlag der KPD., Berlin NO 18, Hamburger Straße 6, Eine Postkarte genügt.

Der Weg des Dr. Levi — Der Weg der V. K. P. D.

Diese Broschüre ist soeben erschienen. Sie ist eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit der Broschüre Levis: „Unser Weg", damit eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit der Gesamtpolitik der VKP. und damit der Taktik der 3. Internationale.

Preis 2 Mk., für Parteimitglieder 1,50 Mk.

Soeben erschienen ist die Nummer 5 (April-Mai) der

„Proletarier"

Aus dem Inhalt:

An unsere proletarischen Mitkämpfer.
Retten der Märzaktion. Nachschrift zu dem Offenen Brief an Lenin von Hermann Gruter.
Die Krise in der 3. Internationale.
Der Staat im Staate.
Die V.O. als proletarische Organisation des Klassenkampfes.

Werbt für weiteste Verbreitung!

Verantwortlicher Redakteur: Johns, Berlin.
Verlag: Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands.
Druck: Buchdruckerei Felix Wolf, G. m. b. H., Berlin S 14.

Nr. 195.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbez. Groß-Berlin.

Die Zeitung erscheint grundsätzlich nachmittags. — In Anbetracht durch die Verteilung Postbezugsgebühr für 14 Tage pro Exemplar. Bei Einzelzustellung Preis 40 Pfennig.

Redakt. u. Exped.: Berlin NO. 18, Brandenburger Str. 6. Geöffnet täglich von 9 Uhr vorm. bis 6 Uhr nachm.

Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 42 000. — Vorkasse nach monatlich: Unter Streifband 1,— Mark vierteljährlich, durch den Briefträger unter Streifband 7,— Mark vierteljährlich.

Der Geschäftsabschluß gegen das deutsche Proletariat ist perfekt.

Proletarier! Um jeden Märztag, an dem die deutsche Bourgeoisie ihre Delegierten nach London entsandte, haben wir Euch gewarnt, Euch an der Komödie zu beteiligen, die die deutsche Bourgeoisie damals mit Wirsch und Zeisen vorbereitet hat — am 1. März haben wir Euch gegrüßt:

Kümmert Euch nicht um die Resultate von London und nicht um die Unterschrift von Delegierten, die vom Proletariat keinen Auftrag erhalten haben — letztet keine Ueberschicht und keine Ueberstunde, keine Mehrarbeit und Mehrbelieferung — möge die deutsche Bourgeoisie dann unterschreiben, was sie für praktisch hält: wenn keine Mehrproduktion und somit kein wie immer geartetes Ueberschuß weder an Rohstoffen, noch an Fabrikaten zu verteilen ist, so kann Euch der Verteilungsschlüssel gleichgültig sein, denn der Kapitalismus in seinen internationalen Verträgen festlegt, — laßt es darauf ankommen, daß die deutschen Bankrotteure versuchen werden, mit Gewalt die Schulden von Euch einzutreiben und begegnet jedem ersten Versuch mit dem Generalstreik.

Was ist seitdem geschehen, Proletarier? Die deutsche Bourgeoisie machte in London ihr „letztes Angebot" und gleich darauf ihr allerletztes, und als die alliierten Partner, wie vorausgesagt war, auch diesen Vorschlag verwarfen, da fuhren die Herren deutschen Kapitalsvertreter aus London ab und schworen öffentlich, daß sie von dieser Stunde an kein Wort in dieser Sache mehr sagen würden. Und darauf machten sie einen dritten Vorschlag, einen obersten und feinsten, erklärten, und versuchten in Mitteldeutschland zu beweisen, daß man aus dem deutschen Proletariat mit religiösen Mittelchen noch viel mehr herausschinden könnte, und kreuzten von hier aus die ganze Welt, vom Papst bis zum Präsidenten von Amerika, um immer noch ein letztes Wort sagen und dem Entente-Kapitalismus zugleich immer noch weiter entgegenkommen zu können. Und als die Entente dem deutschen Kapitalismus endlich zu wollen war, durch ein Ultimatum den Verhandlungen einen zwangsmäßigen Charakter zu verleihen, da schien sie so lange unnachgiebig, bis sich zeigte, daß sie längst die Mehrheit zusammen hatte, um das Ultimatum anzunehmen.

Wozu wurde dies aufgeführt? Der deutsche Kapitalismus betreibt seit dem November 1918 mit Zähigkeit seine Politik, als Teilhaber in die Kontrollen des Weltkapitals aufgenommen zu werden. Der deutsche Kapitalismus heuchelte Demokratie, als er glaubte, daß dies ein Mittel wäre, zu internationalen Geschäften zugelassen zu werden. Der Zusammenbruch der Zivilisation bewirkte es, um von allen anderen Verhandlungen unbeachtet, daß mit dem internationalen Kapitalismus gegen das deutsche Proletariat vorzugehen zu können. Aber während er gemächlich den Weg dieser Verhandlungen von Versailles über Spa und Boulogne bis zum Ultimatum des neuen Ultimatums ging, legte er es zugleich darauf an, bei jeder Gelegenheit mit jedem Schritte die gegenseitigen zu verschärfen. Welches gemeinsame Interesse aber hatte der deutsche und Entente-Kapitalismus, das nochmals Gemeinsame dieser Verhandlungen zu verbergen? Nur eins: daß dem Proletariat sich nicht durch die Erkenntnis der wirklichen Situation verschließen darf, welche Übertragung Marx gegen den Kapitalismus, gemeinsam auf dem europäischen Kontinent, es bereits heute in seinen Klassenkampfpositionen zu verzeichnen hat.

Die Tarif- und scheinbare Ueberproduktionswirtschaft, die die freie Konkurrenz der imperialistischen Partnern bei Weltkapitalismus aus dem Kriege geschaffen hatte, hat sich in eine Minderproduktionswirtschaft verwandelt, in welcher auf Grund der gemeinsamen Vorlage eine internationale kapitalistische Selbsthilfe den ursprünglichen Konkurrenzkampf zu überwinden begann. Was der deutsche mit dem Entente-Kapitalismus verhandelt hat, war nichts anderes, als die Verschmelzung zweier Aktiengesellschaften, die keine bessere Möglichkeit sahen, sich lebensfähig zu erhalten. Gegenstände bei diesen Verhandlungen konnten somit nur den Direktoren, mit welchen die Aktien der schwächeren (oder der mittleren, politischen) bei dem Zusammenschluß einverstanden wurden. Die Bedeutung, die die deutsche Bourgeoisie während dieser Verhandlungen zu erfahren vorgab, hat zu nichts anderem geführt, als daß sie immer offene Gewaltmittel gegen das Proletariat zur Verfügung hatte. Und nachdem noch die Zwangsgelder der Entente auf deutsche Waren der Bourgeoisie zu einem Mittel wurden, einen großen Teil der deutschen Konsumkontrollen zugunsten des freien Geschäftshandels aufzuheben, findet sie heute für die Annahme des Ultimatums die Begründung, daß diese maximalen Ententeforderungen gar keine stärkeren Belastungen ergeben, als sie während des Krieges bestanden haben. Sie wissen jetzt genau, wie Kriegs- und Revolutionsgewinne durch die „Reparationsgewinne" zu übertreffen.

Wieder rufen wir dem Proletariat zu, wie wir es am 1. März getan haben: **Laßt Euch nicht darauf ein. Euch hieran zu beteiligen.** Ist Euch die Not des Proletariats näher, oder die Not des internationalen Kapitalismus? Der Weltkapitalismus kommt zum deutschen Proletariat und will, daß es ihm aus der Katastrophe hilft, und damit Ihr nicht seht, wie groß diese europäische Katastrophe ist, versucht er, durch Komplikationen die Situation zu verwirren.

Es ist am Proletariat, heute Klarheit zu schaffen. Es ist sinnlos, für einen Aufsau auch nur einen Finger zu rühren, solange alle Leistungen nur in die Hand der internationalen Spekulanten kommen, die sie ausschließlich benützen, um Mauern zwischen den einzelnen Teilen des Proletariats zu errichten. Die Bergarbeiter des Ruhrgebiets sind vorangegangen. Sie haben entgegen dem Willen der Gewerkschaften abgestimmt, weiterhin Ueberschichten zu verweigern. Dies ist der Weg, Proletarier: verweigert jede Mehrleistung Eurer Arbeit, die dazu dienen könnte, die internationalen Aufsaugungsgewinne zu erzielen. Bringt die internationale kapitalistische Gedankenlosigkeit zum Bersten, indem Ihr den deutschen Kapitalismus verhindert, seinen Gläubigerschaften zu entsprechen. Nur Staatsbankrott, Gewaltsamkeiten — mit französischen Tanks kann man ebenso wenig Rohstoffe aus der Erde holen, wie man sie mit deutschen Maschinengewehren herstellen kann — und auch mit englischen Bombenflugzeugen kann man deutsche Kohlenvorräte nur zerstören, nicht aber bekommen. — nur Euer Wille vermag über deutsche Produktionsmittel zu verfügen, daß dieser Wille auf Eure Zukunft gerichtet ist.

Proletarier Frankreichs, Englands und in den anderen Ländern der Entente — die Zeit ist gekommen, daß das entschlossene revolutionäre Proletariat in Europa über alle Landesgrenzen hinweg sich in Aktionsausschüssen zusammenschließt und zur Zusammenarbeit mit der Kommunistischen Internationale in einheitlicher Front den proletarischen Klassenkampfes vorbereitet,

damit der herrliche Bergarbeiterstreik in England durch die Unterstützung der internationalen Verbrüderung sich in weiter Bedeutung ausdehnen kann, anstatt wie bisher durch deutsche und französische Kohlenvorräte bekämpfen zu werden,

damit die russischen Sowjets jetzt dieser proletarischen Kampfes und Schritt für Schritt vor dem internationalen Kapitalismus zurückweichen müssen,

damit es auch mit der Sowjetpost des Kapitalismus zu Ende ist, daß er jetzt Zwangsvorschrift mit dem Blute des deutschen Proletariats wieder behaupten kann.

Es lebe die internationale Kampffront des Weltproletariats!

Proletarische Außenpolitik.

I.

Proletarische Außenpolitik kann nur getrieben werden als ein Teil des Klassenkampfes. Der Klassenkampf muß der übergeordnete Gesichtspunkt bleiben, dem sich alles andere unterzuordnen hat. Der Klassenkampf ist eine internationale Angelegenheit, und der Gedanke des Internationalismus ist den breitesten Arbeitermassen fest und tief eingeprägt. Aber nur als fadenscheinige Gedanke, als hohle Phrase. Und die USP. ist die Partei, die von dieser Phrase lebt. Die USP. hat es verstanden, hinter der Phrase der Internationalität die Tatsache des Klassenkampfes verschwinden zu lassen. Sie hat es verstanden, aus der Tatsache des internationalen Klassenkampfes — der ein wirklicher Kampf ist, und der nur als wirklicher Kampf eine lebendige Tatsache ist — das hohle Gespenst von internationaler Verständigung zu machen.

Das wahre Interesse des Proletariats ist, daß die Bourgeoisien der verschiedenen Länder aneinander gerieten, daß sie den Ausgleich ihrer Konkurrenzinteressen nicht finden. Und die wahre Aufgabe einer proletarischen Partei ist, dafür zu sorgen, daß die „eigene", die ihr direkt gegenüberstehende Bourgeoisie des Heimatlandes in dem Moment, in dem sie mit der Bourgeoisie eines Nachbarlandes auseinandergerät, die Unterstützung ihres Proletariats nicht findet, sondern „ihr" Proletariat als Feind im Rücken hat.

Auf die gegenwärtige deutsche Situation angewandt, heißt dies zunächst: je schärfer die Ententebourgeoisie gegen ihren deutschen Schuldner vorgehen muß, je rücksichtsloser die Polen sich im offenen Aufstand über alle papierenen Paragraphen hinwegsetzen, desto deutlicher das deutsche Proletariat. Es kommt, vom Gesichtspunkt des Klassenkampfes, zunächst nur auf das eine an: alle Schichten des deutschen Bürger- und Kleinbürgertums, von den Landjunkern bis zu den Gewerkschaftsbonzen, sich politisch an dem unlösbaren Reparationsproblem zu Tode wirtschaften zu lassen. Solange dieser Prozeß sich vollzieht — und er vollzieht sich jetzt mit ungeheurer Schnelligkeit — bleibt eine Parole für jeden deutschen proletarischen Klassenkämpfer bestehen: diesen Bourgeoisie, in welcher Gestalt sie auch auftreten mag, keine Ueberschichten, keine Ueberstunden, keine Mehrarbeit; Arbeitsverweigerung, wo immer möglich, passive Resistenz, wo nur möglich. Das sind die Mindestparolen, die immer gelten, hinter denen der Wille lauern muß, bei jeder Gelegenheit vorzubrechen zum offenen Kampf.

Nur Idioten oder Verräter können behaupten, man stehe mit solchen Parolen auf seiten der französischen und polnischen Bourgeoisie. Die Niederlegung Oberschlesiens an Polen bedeutet den Zusammenbruch des oberschlesischen Industrie, bedeutet die Revolutionierung der oberschlesischen Arbeitermassen in rasendem Tempo, bedeutet die Revolution in Polen. Der weitere Vormarsch des französischen Imperialismus bedeutet für diesen eine Anspannung der politischen, wirtschaftlichen, finanziellen Kräfte bis zum Platzen, bedeutet binnen Kurzem die tiefste Enttäuschung der betrogenen französischen Soldatenmassen und damit ihre Revolutionierung durch die Tatsachen statt durch propagandistische Phrasen. Und schließlich soll man nicht glauben, daß französische und polnische Truppen — und seien es selbst schwarze — auch nur andauernd im Ruhrgebiet liegen können, ohne daß der Geist der revolutionären Zersetzung unter ihnen platzgriffe.

Vor dem imperialistischen Weltkriege lagen die Dinge anders. Aber heute kann man getrost sagen: jedes gewaltsame Aufeinanderprallen der Gegensätze, durch das die Arbeiterschaft zur klaren Stellungnahme gezwungen wird, ist besser als die „volksfreundlichste" internationale Entsagung der Kapitalisten. Denn jede internationale Einigung muß heute eine Einigung der Kapitalisten sein auf Kosten des betrogenen Proletariats — heute noch, bis zu dem Tage, da die siegreichen revolutionären Arbeiter die Grenzen niederreißen.

Die Gewerkschaften und ihre politischen Hampelmänner, SPD. und USPD. schreien heute nach Einigung.

eute bisher unstreitig Deutschlands, zu zeigen sie sich jetzt auch international als die letzten Stützen des Kapitals, Verräter am Klassenkampf, mißbrauchen sie große Gemeinste die internationale Einstellung des Proletariats. Ob sie etwas mehr von nationalen Wirtschaftsgrenzen des Kapitals nämlich) reden, wie die SPD. oder etwas mehr von „Deutschlands Schuld am Kriege und Pflicht zum Wiederaufbau", wie die USPD., bleibt sich gleich — betrügerischer Hokuspokus eins wie das andere. Sie sind bereit, zu zahlen, sie sind bereit, die Profite der deutschen wie der Ententekapitalisten zusammen aus den Taschen und Wohnungen, aus dem Schweiß und den Knochen der deutschen Arbeiter herauszupressen und herauszuschinden. Und für diese Willigkeit und Bereitwilligkeit verdienen diese Burschen ohne Ausnahme aufgehängt zu werden, ohne alle Umstände, am nächsten Baum oder Laternenpfahl.

Wirklichkeit bleibt uns der abstrakte Fetisch einer Gewerkschaftsregierung nicht erspart. Wegen sie immerhin ihre Kunst versuchen: jeder Versuch, ihre Versprechungen an den Mann zu bringen, wird sie zu spüren, muß die Industrie vom Tagelohn ihrem endgültigen Schicksal näher bringen: vom Teufel geholt zu werden. —

Aber die französischen Proletarier? Und der Wiederaufbau ihrer zerstörten Werkstätten und Wohnungen? — Aber das Elend in Deutschland? Wenn alles zusammenbricht, wovon sollen wir leben? Was soll ein proletarisches Deutschland anfangen, wenn ihm alle Kraftquellen genommen sind? Was hat schließlich Sowjetrußland von einer vernichteten deutschen Industrie? — Gemach, wir werden erst [illegible] Jammergeschrei der Revisionisten [illegible]

Zur Lage.

Es ist müßig, im Stile der bürgerlichen oder der sozialistischen Blätter, die Ereignisse zu registrieren und die Parteischablone an ihnen zu erproben. Die Ereignisse sind nur als Symptome der wirklichen Vorgänge zu werten: der immer klareren Herausbildung der Kampffronten der Klassen, die sich jetzt zum Entscheidungskampf gegenüberstehen. Die Politik des Tages ist ein fast nebensächlicher Faktor, der von Kräften bewegt wird, die unsichtbar tief liegen und die doch einzig die verändernden Ursachen der Vorgänge im Einzelnen und in den Beziehungen zwischen den Menschen und zwischen den verschiedenen Gruppierungen von Menschen sind. Es ist für die Entwicklung des Klassenbewußtseins des kämpfenden Proletariates grundlegendes Gebot, diese Bedingtheiten immerfort gegenwärtig zu haben, bei Betrachtung der „großen Politik" und bei Bildung des seine Tat bestimmenden Urteils darüber. In diesem Sinne — das muß wieder einmal gesagt werden in einer Situation, die eine fast betäubende Fülle von scheinbar überragenden Tatsachen zeitigt — ist allein eine ernsthafte Beschäftigung mit der im Grunde höchst unwichtigen bürgerlichen Staatspolitik zu rechtfertigen. —

Wenn diese Zeilen im Druck erscheinen, wird die Bildung einer deutschen Regierung geschehen sein. Es ist dieselbe Regierung, die den Versailler Vertrag unterschrieben hat. Und sie hat diesmal zu unterschreiben, daß sie ihn erfüllen will. Es kommt ja nicht darauf an, daß der Mann damals Müller hieß und heute vielleicht Loebe oder Wirth. Das macht bei parlamentarischen Regierungen nichts, da nur der Charakter der „Koalition" maßgebend ist, die Tatsache, durch welche Gruppen und mit welchen Mitteln Parteien der Zusammenschluß erzielt ist. Die Sozialdemokratie hat [illegible] Partei abgestoßen, die Rechtsparteien haben [illegible] Partei eingestellt. Die [illegible] Partei, [illegible] haben sich verstärkt, um eine neue Regierung der Mitte, Reichstreue, Kampfverbindung und Unterschätzung Zukunftshoffnung zu bilden, die sie mit deutscher [illegible] gegen das eigene Proletariat und [illegible] politischen Gesetzes vor der „Wiederaufbau"-Internationale halten werden. Herr Stresemann, dieser genialische Gegenspieler „Lenin-Trotzki", wie weiland Lehmann, einen anderen jüdischen Urheber mit der „Bildung des Kabinetts". Das bedeutet zu einem mehrmöchtigen Kuhhandel, wie zuletzt in Preußen, keine Zeit ist, will gewaltigen Mehrheit der Beteiligten bedeutsam erscheinen; aber auch ohne das Dutzend-Ultimatum wäre der Nummel binnenal schneller vor sich gegangen, trotzdem die Konferenzen bei dem Geschäftsführer um die Ministersessel sehr heftig ist. Ein paar Tage schien es — solange man nämlich die klare Stellungnahme zum Ultimatum nach hinausschieben konnte — daß es eine Regierung Stresemann geben würde. Aber dieser politische Tommie des Herrn Stinnes war zu unvorsichtig — oder naiveweis — hinter dem Rücken seines Herrn und Meisters eigene Verhandlungen und sogar Abmachungen, mit den Franzosen zu treiben, daß Herr Stinnes, dessen Verhandlungen mit den Franzosen durch die Stresemänner gekreuzt wurden, ihn einfach fallen ließ, nachdem er (Stresemann) sich in der gestrigen Fraktionssitzung der Deutschen Volkspartei, die eine große Mehrheit für Ablehnung ergab, durch Eintreten für Annahme des Ultimatums unmöglich gemacht hatte. Daß die Partei der Schwerindustrie gegen Annahme stimmen würde, war sicher, nachdem folgende Meldung bekannt geworden war:

Gegen Unterzeichnung des Ultimatums. Die Vertreter der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie haben sich einstimmig gegen eine Unterzeichnung des Ultimatums des Feindbundes ausgesprochen. Sie wollen lieber alle Folgen des Einmarsches in das Ruhrgebiet auf sich nehmen, als die Hand dazu bieten, daß nieder um unmögliche und entehrende Forderungen unterschrieben werden.

Die Schwerindustrie hat es auch garnicht nötig, sich um nationale Unterschiede zu kümmern, da sie längst im internationalen Rahmen arbeitet und es ihr nur lieb sein kann, wenn die Franzosen im Ruhrrevier „für Ruhe, Ordnung und Arbeitsdisziplin" sorgen. Das französische Kapital muß, selbst wenn es nicht schon mit Stinnes vertraglich gebunden wäre, dem deutschen Großkapital helfen. Denn es würde einfach an die Wand gedrückt werden durch die starken Sicherungen, die die deutsche Schwerindustrie sich zu schaffen gewußt hat, wie aus folgender Nachricht der „Deutschen Tageszeitung" hervorgeht:

Von amerikanischen Kreisen der Stahlindustrie wird die Nachricht verbreitet, daß die amerikanische Eisenindustrie unter Führung des Stahltrusts (United States Steel Corporation) mit den deutschen Stahlindustriellen, besonders mit Krupp und Stinnes, ein Abkommen getroffen hat über gemeinsame Regelung der Produktion und des Absatzes aller Fabrikate, vom Roheisen bis zu den höchsten Bearbeitungsstufen. Damit dürfte, wenn sich diese Meldung bestätigt, eine Monopolorganisation der gesamten Eisen-, Stahl- und Maschinenerzeugung geschaffen sein, die absolut beherrschend auf dem Weltmarkt zur Geltung kommen muß.

Diese Sicherungen sind Sicherungen gegen das Proletariat. Deshalb hat also die Schwerindustrie auch nicht nötig, ihren Willen, das deutsche Proletariat im Interesse der Kapitalsverzinsung auszubeuten, erst durch eine Unterstützt zu bekommen, sondern sie will die Polizeihilfe der Besatzungstruppen im Ruhrrevier und in Oberschlesien herbeizwingen, durch die (scheinbare) Ablehnung der Ausbeutungssteigerung, deren Profite sie aber gerade sich damit sichert.

Daß auch die Bonzen der kommunalen Verwaltung im Ruhrgebiet große Hoffnungen auf die Sanktionen setzen, geht aus dem folgenden Telegramm hervor:

Gelsenkirchen, 6. Mai. Der hiesige Oberbürgermeister richtete als Vorsitzender der Rheinisch-Westfälischen Stadtreiseverwaltung folgendes Telegramm an den Reichskanzler:

„Namens der 30 Städte und 14 Landkreise mit 6 Millionen Einwohnern des Industriegebietes unterfertigen Städte- und Landkreisverwaltung bitte ich bei der verantwortlichen Reichsregierung, auf die durch feindliche Besetzung hier entstehenden Leiden und Schäden bei den Entscheidung über das feindliche Ultimatum keine Rücksicht zu nehmen, sondern nur das Gesamtinteresse des Landes zu berücksichtigen.

gez.: Oberbürgermeister von Wedelstädt.

Der Herr von Wedelstädt scheint für die Damen der rheinländischen Gesellschaft besondere Sorge zu tragen, daß sie auch ihren Anteil an der „schwarzen Schmach" kriegen. Oder die „Los-von-Berlin-Bewegung" marschiert.)

Herr Stresemann kann also nicht der Mann dieser Leute sein, und wenn es kürzlich noch so ausgesehen hat, als er ablehnen wollte, so konnte er es jetzt, wo er ernstlich nach dem Kanzlerposten strebt, nicht mehr, nachdem England und Italien, und besonders Amerika jeder deutschen Regierung den „guten Rat" erteilt haben, das Ultimatum zu unterschreiben. — Die Deutschnationalen wollen natürlich nur ablehnen. Sie erhoffen kriegerische Verwicklungen im Gefolge der Besetzung des Ruhrgebiets und der oberschlesischen Polenangriffe. Bei ihnen spielt, wie z. T. auch bei der deutschen Volkspartei, die Entwaffnungsfrage die Hauptrolle, die sie sowohl in ihren internationalen Wirkungen wie in ihrem innerpolitischen Zusammenhang als ausschlaggebenden Faktor für ihre Haltung hinstellen. Sie lassen keinen Zweifel über diese, und freuen sich, wenn der „Temps", die Zeitung der französischen Konservativen, schreibt:

„Man kann jetzt schon im voraus versichern: ob die künftige Reichsregierung das Ultimatum annimmt oder nicht, es werden die Bestimmungen über die Entwaffnung jedenfalls nicht beachtet werden. Eine Unterschrift wird deshalb keine Bindung bedeuten. Das deutsche und das französische Volk haben mehr und mehr einen Weg eingeschlagen, der zu gewaltätigen Lösungen führt. Denn wie die Dinge gegenwärtig laufen, werden entweder die Franzosen von neuem kämpfen müssen, um ihre Unabhängigkeit (?) zu schützen, oder die Deutschen werden sich gegen diejenigen erheben müssen, die ihnen die politische Freiheit rauben. Die Beschlüsse von London werden entweder zu einem neuen europäischen Krieg oder zu einer wirklichen deutschen Revolution führen."

In dieser letzten Folgerung zeigt der französische „Temps" dieselbe ersteuliche Klarheit wie der deutsche Helfferich, der in der „Deutschen Zeitung" schreibt:

Jeder Versuch, solche hinterstrebsamen Pläne inhaltlos die Reparationsforderung durchzuführen, wird nicht nur unerhörte Zerrüttung, sondern die ganze Welt mit immer tiefer in die wirtschaftliche Krise hineinstürzen, die heute schon schwer genug auf allen wichtigen Wirtschaftsgebieten lastet. Ueber kurz oder lang müssen die Kreise, die die deutsche Industrie, Kohlenbergbau und Landwirtschaft, die Deutschland im Jahl vorigen Jahres in Spau aufgezwungen worden ist und das Frankreich inzwischen gesetzt hat, die deutsche Kohle auf ihren eigenen Märkten mit der preismäßig billigeren deutschen Entscheidungskohle zu unterbieten. — Ueber kurz oder lang müssen die Kreise, die die Ruhrkohle zwingen, von den Schwarzhörern und entschlossenen Wirtschaftsbonzen bearbeitet werden. Das ist die erste heuerliche Bewegung, die noch nicht ganz alle Gleise erzeugtes wird. Wir haben dann allen Anlaß, mit gespannter Aufmerksamkeit auf die Auseinandersetzung zwischen Kapital und Lohn hinzublicken.

Und darum allein handelt es sich bei allen diesen Vorgängen, die dem Denken, die Strategie auf die „große Politik" herzuhalten, soweit Kopfzerbrechen machen: um den „sozialen Kampf", um die Auseinandersetzung zwischen Kapital und Lohn", wer die Produktion beherrschen soll. Sie mögen die Arbeitskraft des deutschen Proletariats auf Jahrzehnte an die Ausbeuter-Internationale (in der das deutsche Kapital gleichberechtigter Verwalter ist) verschreiben, die von Stinnes einerseits, von Purvus andrerseits geschobenen Politikantenpuppen. Der Kampf um die Beherrschung der Produktion, um die Zertrümmerung der Demokratien von Kapitals Gnaden durch das Proletariat geht weiter. Wir haben uns nur soweit darum zu kümmern, wie es die Herbeiführung der Entscheidung erfordert. Sonst gilt für uns das schöne Wort, das der „Glasgow Worker", das Blatt unserer englischen Genossen, kürzlich schrieb:

„Macht euch fertig, die Produktion zu übernehmen!

Dies soll der Schlußtruf der Arbeiter der Welt sein. Er soll ausgerufen werden in der Werkstatt, in der Fabrik, in Minen, auf den Schiffen, auf den Erntefeldern, auf der Eisenbahn, auf der Straße, von den Arbeitslosen, von den organisierten Arbeitern in der Versammlung und an allen Plätzen, wo Arbeiter zusammen kommen und tätig sind. Arbeiter! redet von Sachen, welche redenswert sind, verschwendet Eure Zeit nicht mit Phrasen. Der Kapitalismus ist am Zerfall. Für Euch aber ist es das beste, das Ihr Euch bereit macht, die Produktion zu übernehmen."

Proletarier

gebt scharf Obacht, ob irgendwelche Kräfteverschiebungen, Transporte von Bewaffneten der Bourgeoisie stattfinden, sei es Orgesch, Reichswehr, Schupo oder Kriegsmaterial. Gebt sofort genaue Meldung!

Politische Rundschau.

Für Max Hölz.

Zu dem Verfahren gegen Max Hölz bittet uns der Genosse Jung um Aufnahme folgender Zuschrift:

Der Versuch der Staatsanwaltschaft und der bürgerlichen und sozialistischen Presseente, die revolutionären Kampfhandlungen Max Hölz's als individuelle, kriminelle Verbrechen zu hinzustellen, verlangen seitens der kommunistischen Parteien schärfste Zurückweisung. Es kommt leider auch in der kommunistischen Presse im Rahmen der Diskussionen unter den Mitgliedschaften der Parteien nicht genügend zum Ausdruck, daß Genosse Max Hölz nur das getan hat, was die sogenotwendige Auswirkung des wahren eigentlichen Inhalts sogenannter Aktivitätsparolen ist. Derjenige ist ein feiger Lügner, der behauptet, sogenannte „terroristische Einzelakte" schädigen die kommunistische Bewegung. Tatsache ist, daß eine Aktivitätsparole, der Aufruf zum Bürgerkrieg, zum proletarischen Angriff begleitet sein muß von Aktionen, die der Masse des revolutionären Proletariats zeigen müssen, daß es bei dem ausgerufenen Angriff gegen den bürgerlichen Staat und damit auch gegen die bürgerliche Ideologie wirklich ernst ist. Es muß innerhalb jeder Aktion derjenige vorhanden sein, der vorangeht und der wirklich das tut, was die Partei verschreibt. Niemand, der die Arbeiterbewegung kennt, und das Proletariat sozialogisch fühlt und begreift, wird diese Notwendigkeit leugnen können, oder er müßte verzichten, eine proletarische revolutionäre Bewegung entbehren zu wollen. Dieses Vorgehen, dieses Sichopfern für die revolutionäre Bewegung ist das, was Max Hölz getan hat.

Ich habe Gelegenheit gehabt, Max Hölz während der Aktion nahe zu sein. Ich kenne ihn als Menschen wie als Revolutionäre, wie als Politiker, denn Max Hölz war mehr Politiker als alle die kommunistischen Politikanten, von den Noskiden ganz zu schweigen, als alle die kommunistischen Zeitungsherzen und Führerhelden, die heute von Max Hölz abrücken möchten, nachdem er ihre Befehle ausgeführt hat, es ahnen. Der Glaube daran, daß die Politik der Zeitungsparolen, soll sie nicht Schwindel und sicherlich werden, auch in Mitteldeutschland umgesetzt werden muß, setzt voraus, daß die Führer an der Spitze vorangehen. Max Hölz hat das vielen „Führern" abgenommen, er hat sie vertreten mit seiner Person und mit seinem Namen.

Es ist nicht mehr wie Pflicht jeder revolutionären Proletariers, für Max Hölz einzutreten und sich mit ihm solidarisch zu erklären. Der Versuch gegen die Strafkammerurteile der Mansfeldgerichte darf nicht bestehen in Jammern und Wehklagen und in sozialgestalten Stellungen, sondern in Beantwortung der Provokation mit Angriff: Gegen die Klassenjustiz, gegen das Gesetz, gegen die Verunehrung der bürgerlichen Theologie im Recht, die die proletarischen Kampfscharen zusammenschweißt auf breiter Front den Kampf um die Eroberung der politischen Macht wieder aufnehmen.

Berlin, den 10. Mai 1921. Franz Jung.

Sozialistische Regierung in Braunschweig und VKPD.

Uns wird geschrieben:

Braunschweig hat seit Mai vorigen Jahres eine rein sozialistische Regierung mit USP.-Beteiligung. An der Spitze dieser Regierung steht Gepp Oerter, der deutschen Arbeiterschaft wohl bekannt als politisches Chamäleon ersten Ranges; hat er doch in verhältnismäßig kurzer Zeit allerhand Wandlungen durchgemacht. Erst Anarchist, dann Syndikalist, dann Spartakusmann, jetzt USP.-Kompromißpolitiker — jedenfalls kann der Mann bei seiner jedenfalls vielen Wandlungsfähigkeit es noch zu einem bringen. Die Braunschweiger Arbeiterschaft hat aber von dieser ganzen sozialistischen Regierungsherrlichkeit nichts als nur eine Verkleisterung der Gegensätze und somit eine Hemmung des Klassenkampfes. Braunschweig war eines der ersten Länder, wo die Orgesch sich unter der sozialistischen Regierung als Selbstschutz vollständig legal organisieren und mit 2000 Gummiknüppeln ohne die anderen Waffen bewaffnen konnte.

Der unabhängige Justizminister Junche nahm als Vertreter der sozialistischen Regierung teil an Beratungen mit Roske, Severing, Hörsing und anderen, wo nicht beraten wurde wie man die Reaktion entwaffnet, sondern wie man das Proletariat niederhält. Das Ergebnis dieser Konferenzen war ein Geheimerlaß an die Polizeidirektion folgenden Inhalts: „Falls öffentlich in Reden und Flugblättern für einen gewaltsamen Sturz der Verfassung Propaganda gemacht wird und zu diesem Zwecke für eine Bewaffnung von gewissen Bevölkerungskreisen in Wort oder Schrift eingetreten wird, ist gegen diejenigen Personen, welche solche hochverräterischen Bestrebungen seiten und für sie eintreten, einerlei, ob es sich um rechts- oder linksstehende Personen handelt, einzuschreiten. Derartige Fälle von Hochverratsversuchen sind bei der Staatsanwaltschaft zur Anzeige zu bringen. Die Ortspolizeibehörden sind mit entsprechender Anweisung zu versehen. Junche."

Der Erfolg dieses Erlasses zeigte sich bald: die Rechtsstehenden Parteien sowie einzelne Personen wurden auf Schritt und Tritt bespitzelt. Die Orgesch dagegen konnte als eingetragener Selbstschutzverein sich zum Kampf gegen die Arbeiter weiterrüsten. Neuerdings fordern sie durch große Inserate in den Tageszeitungen öffentlich auf in „Stahlhelm" und ähnliche Orgeschgebilde einzutreten.

Bei der Regierungsbildung versprach die sozialistische Regierung feierlichst, die Forderungen des Erfurter Programms in die Tat umzusetzen. Jetzt nach Jahresfrist hat die lange mit Sozialismus schwangere Regierung geboren und siehe da: ein schwefliger Kobold, ein Wechselbalg, ein Spott auf den Sozialismus, kam zur Welt, daß wir, was die Väter selbst zu den Verfassungsentwurf sagen:

Abgeordneter Grotewohl (USP.): „Leider ist die Verfassung nicht sozialistisch, aber es ist dafür allgemein verständlich."

Singt und jubelt Ihr Braunschweiger Proletarier, wenn Ihr auch zu Tausenden arbeitslos durch die Straßen lungert. Wenn auch Frau und Kind verhungert, wenn die Unternehmer auch auf den 8-Stundentag usw. pfeifen und Euch von Tag zu Tag mehr schinden und knechten! All dies geschieht ja unter einer rein sozialistischen Regierung und in Zukunft will Euer einer allgemein verständlichen Verfassung. Doch Spaß beiseite: Welchen Dienst die sozialistische Regierung den Bürgerlichen erwiesen hat, geht am besten aus der Kritik hervor, die diese dem Verfassungsentwurf angedeihen ließen. Abgeordneter Dr. Regenbunger (Demokrat): Ich freue mich über die geistige Umstellung des Herrn Oerter, diese Verfassung enthält nichts Revolutionäres mehr. Wir können daran mitarbeiten."

Man sollte nun meinen, daß jeder Revolutionär, ein Interesse daran hätte, diese scheinsozialistische Regierung, die weiter nichts ist als der Schutzwall der Reaktion, die die Arbeiter durch ihre blöde Gesinnung am Klassenkampf hindert, so rasch wie möglich zu stürzen. Nur durch ihren Sturz kann die Bahn für den Klassenkampf frei werden, sehen die Arbeiter klar ohne die hindernde Kulisse. Zweimal hatte die VKPD. Gelegenheit, diese Kulisse zu beseitigen, zweimal hat sie die Regierung Oerter gestützt. Vor ein paar Tagen stellten die bürgerlichen Parteien den Antrag, den Landtag aufzulösen und zum 15. Mai Neuwahlen vorzunehmen, mit der Begründung, daß noch der preußenfeindlichen Verfassung der Landtag nur auf ein Jahr gewählt wäre. Den 29 USP.- und SPD.-Stimmen stehen 28 bürgerliche gegenüber, so daß die 3 Kommunisten den Ausschlag geben. Die Kommunisten haben gegen die Auflösung gestimmt, so daß sie die Verantwortung dafür tragen, wenn das Braunschweiger Proletariat von dieser scheinsozialistischen Regierung weiter in den politischen Sumpf geführt wird.

Aus dem Roman „Der Fremde"

Von dem ungarischen Genossen Ludwig Kassak.

Die alles auf eine einzige Karte gesetzt hatten, löschten die Lampen der Flucht: bis zum Tode! In den fabrikenen Reihe man die letzten Frontkompagnien auf. Zufälligkeiten verdrängen noch immer fanatische Möglichkeiten.

— Nur durchhalten! Durchhalten!

Der wankende Journalist verkündete jetzt unter einer Metallen Napoleonbinde auf dem Urbanplatz:

— Auch Euer Leben um das Leben der Revolution! Mitleid ist Mord! Ihr seid die Pioniere der Weltrevolution, und durch Euch bricht das neue Antlitz der Welt. Oder erstickt mit Euch. Ihr könnt Tod oder Leben säen. Wer kann hier hübsch wollen? —

Die Menschen rafften die Reste ihrer Kraft zusammen:

— Die Weltgeschichte hat uns auserkoren!

Der Journalist ließ napoleonisch erdröhnen:

— Marschiert! Marschiert! Marschiert! —

Die Dämme des Zögerns brachen einwärts.

Einer sagte:

— Wir gewinnen jetzt höheren Bestehen!

Aber Halbwüchsigkeit widerstrebte: all dies ist nur noch das Spiel der Verantwortungslosigkeit. Fabelten begannen rasend einzuschießen. Ein Wald ging verloren in der Holzmet. Man hatte den Haß unter die Hunde des Brotes und dort Nahen ab, zählte sich gleichermaßen den Haß.

Mieter drängten sich an den Grenzen die Straßen.

Aber da flogen auch schon pogrommäßige Beiter auf die Tische der Hahlköpfigen. Als hätte jemand unversehens Ja mit Nein gemischt. Alles saß im Rachen der Gewaltigen, und es erhob der Mann, der die Entscheidung aus den Eisernen siebertrit.

Einige Frömmler stürzten sich ins Chaos:

— Gottl Gott!

Der bärtige Mann lobrte vor den wilden Bösern:

— Menschen! Menschen! Menschen!

Aber überall wüchtete nur laute Berneinung. Wohin er kam, verlieg der Mahnung die Ohren; und von wo er ging, dort erhob sich aufs neue eine weiße Welle. Alles ging nur noch vom regelosen Gang der Uhren. —

Die Tage schmerzten wie Ketten.

Manche wollten sich noch an die Quelle der Selbstlüge klen, aber rasten konnte auch diese nicht mehr die Revolutte der Verhältnisse hindern.

Um sein tatsisches Können zu zeigen, blieb der Präsident bei Meinde der Gemüßigten.

Doch in den schwarzen Straßen züngelte der Hunger in bolchigen Flammen. Denn schon gebaren auch die Polizeiste Unterzeug. Händler lieferten ihre verfetteten Waren nur noch gegen bestimmten Tenken. Rote Frauen wanden sich in magere hinein und schrien mit trüben Augen:

— Wir sind schwache Frauen! Gebt uns Fleisch! Gebt Milch! Gebt weißes Brot! Wir sind die Mütter der ganzen Nation!

Dies war der Pfahl der Unerfüllbarkeit.

Einmal schleppte sich eine Mutter zu dem nächsten Mann hinauf. Aus ihrem alten Munde brach verzweifeltes Flehen:

— Dein Bater! Meine Heinen Bater!

Der Mann verzerrte sich in Schweigen.

— Man hat ihn gefangen, weil er gegenrevolutionär war. Aber er ist Dein Bater! Und sieh mich an! Und Dich lebt er doch nur um Dein Wort!

— Es geht nicht!

— Er hat Dir verziehen!

— Es geht nicht.

Fruchtbare, geschärfene Messer sprangen aus seinem Mund:

— Reinl Reinl

Die alte Frau wankte unter ihrer Trauer.

Das Mädchen fand zwischen ihnen, weiß wie eine Statue.

Der Mann verlor sich ganz:

— Was ist mit dem Pfarrer? Wo ist der Pfarrer mit den neun Kindern, der Euch die Güte des Menschen gezeigt hatte?!

— Man hat ihn gehenkt!

— Bater! Bater! Meines Vaters!

— Alles war plötzlich aus.

Unsagbar kleine Geschicke geschahen unnerklich tief unter den Oberflächen.

Nur die Stadt. Nur das Land. Nur die Menschheit.

Die übersatte Bahn trug die Mutter heim in ihre Trauer.

In den Köpfen der Kinder hüllten alte Mütterbilder, lud vor den Altäuchtern und Kirchen erhoben sich die Galgen der weichenden Macht.

Revolution! Gegenrevolution!

In den an Bergabhängen kleinlichen Hütten kreisten noch auf weichen Betten die Kinder der Armut.

Knaben und Mädchen.

Und hüllten die schlafende Zeit in sich.

Ihre Stimme überstieg wunschend noch den Himmel der Hoffnungslosigkeit.

Es gibt kein Halt!

Im Rat der Fünfhundert sagte sich der Präsident in Erfahrung:

— Weiterrevolution!

Aus einem brach ein allmeitlicher Seufzer.

Gewaltige Augen illuminierten über den Saal.

Aber er schwang sich gewandt über die Zwiefalt:

— Wir werden siegen, denn wir müssen siegen im Namen des Weltproletariats. Es gibt jetzt nur den brüderlichen Sieg der Gesamtheit. Wir sind die auserwählten Söhne der Zeit, und nur eine Frage von Tagen ist es, daß uns und alles Elend der Welt sich entfaumt. Wir müssen verwirklichen, daß ist unser Schicksal, und wer uns entgegentritt, den treten wir unbarmherzig nieder.

Der tückische Student entlastete seinen Fanatismus:

— Wer leben will, wage auch für das Leben zu sterben!

Eine und dort leicht brachen die Stühle zusammen.

Dann ihnen der Präsident seine Phrasen weiter.

Die Gassen durchzogen die Kommenden. Larven stelen von Menschengesichtern. Und einige uniformierte Bengel küßten in rosenfarbenen Pulkos die Hände ihrer Mütter.

Im Rat der Fünfhundert ging man ohne Mittagspause zur Finanzfrage über. Ein fachsbeladenes Männlein referierte über die Möglichkeit einer Valutaverbesserung. In diesem Augenblick entschlüpfte der behendlichtige Stadtsekretär mandant unbemerkt durch die Tür. Ihm war es, als habe er fernen Kanonendonner gehört.

Schwarze Reihen von Frauen schlängelten sich vor den Bäckereien.

Bleischwer tickten die Minuten von den Türmen.

Und alles senkte sich irgendwo schwer wie Blei auf die Stadt.

Lust. Stimmen. Glanz. Wärme.

Sogar die Farben verloren ihre scharfen Konturen, Mäuteten sich. Lange schien es, als drohe Bewegung vom Himmel und Erde. Nur in den Minsitaden atmeten einige Lebendigen. Aber woanns, das konnte man nicht erkennen.

Später durchschritten Gestalten hochheimig in Lebensmänchen die Gassen. Ueber kleinen Freudenlichtern saßen Frühgeschlechen in ihren Augen. Als wogten sie vorerst nur schmalen Luft zu kosten, heimlich von der Luft zu naschen. Wenn sich ihre Hände trafen, verschwanden drei Finger in den Fäusten, und sie sagten:

— Die Zauben liegen und

— Nur die Bäume sind die grandbestimmten Frauen:

— Dann kann die Arbeiterschaft diese Unterdrückung nicht mehr dulden.

Jemand hatte klare Augen gehabt hätte, so hätte er jetzt die sich tausendfach verflochtene Kraft des Gegenwillens gesehen.

Vor der Bastille hielt ein maßlicher Polizist seine Uhrkette fallen, und nach einigen Sekunden flog, ohne daß jemand Notiz davon nahm, der Kopf des Polizisten.

Welche Dämmer Hafen! Die Stunde der Abrechnung ist gekommen!?

Als sei sie von hundert Messern getroffen, schrie die rote Stadt auf:

— Die Gegenrevolution!

Gellige schrien ihr Entsetzen zum Himmel:

— Zu den Waffen! Zu den Waffen!

Aber schon schlang das aufbrechende Chaos alles in sich.

An der Verbindungsbrücke bewerkte ein roter Wächter den ersten Monitor.

Mit weißen Fahnen.

Dann wieder einen und wieder einen und wieder einen und wieder einen.

Hoch wölbte sich der Himmel über ihnen.

Und wie Hähne mit rieseln Kämmen schaukelten sie sich an den Ufern der Stadt des Todes.

Als wollte einer telefonieren, Aus- und Anhängen die Verbindung nicht auf.

Die Kessels hatterten unbeschützt in den Gassen.

(Fortsetzung folgt.)

Ein Aufruf aus der „Roten Fahne".

Schluß! Nachdruckverbot — Gestohlen!

Die Regierung will die Reichswehrsoldaten gegen den deutschfeindlichen Nachbar mobilisieren.

Die Regierung beschließt, daß die Reichswehrsoldaten die deutsche Nation, das deutsche Vaterland verteidigen müssen. Die Wahrheit ist nur, daß die Reichswehrsoldaten die Interessen der deutschfeudalen Großgrundbesitzer und „christlichen" Bankiers verteidigen sollen.

Die Reichswehrsoldaten sind Söhne deutscher Bauern, Landarbeiter und Arbeiter. Die Aufständischen in Oberschlesien sind deutsche und polnische Bauern, Arbeiter und Landarbeiter.

Wofür sollen die Söhne deutscher Bauern, Landarbeiter und Arbeiter die Industriegewaltigen, die deutschen und polnischen Bauern- und Arbeitermassen niederschlagen?

Reichswehrsoldaten! Wollt ihr für deutschfeudale Pleiten, für nicht ein Krieg der deutschen Nation, gegen nicht eure deutsche Vaterland. Es ist ein Krieg der Kapitalisten, Generäle und Junker.

Reichswehrsoldaten! Wollt ihr wirklich deutschfeudale Kapitalisten, „christliche" Junker und monarchistische Generäle schützen?

Der Aufruf wendet sich an die Reichswehrsoldaten als Söhne von Bauern, Landarbeitern und Arbeitern. Man wird alle angeschnauzter, als diesen von nationalistischen Schwätzern unbedeutenden Gegenstand der Grundzüge des Klassenkampfes klar zu machen. Die „Rote Fahne" hat den Gegenteil. Nachdem gegen den nationalistischen Wahn der Reichswehrsoldaten angekämpfen, hoffte sie diese Gebildeten der Konterrevolution in ihren Reihen. Denn wenn man es als Geschehnis begreifen, daß die Reichswehrsoldaten die deutsche Nation, das deutsche Vaterland verteidigen müssen, so sind das eben Dinge, die im Falle einer wirklichen Bedrohung auf gutem Recht verteidigt werden müssen. Da diese Mittel bei der mit reaktionärem Geist verfeuchten Reichswehr bisher hoffnungslos praktischen Experimente gelegen werden, ist bedauerlich. Da aber die „Rote Fahne" doch nicht in der Hauptsache von Arbeitern gelesen wird, sollte sich die Redaktion klarmachen, wer sie durch derartige geschmacklose Kunststücken an den übersten Nationalismus bei den Proletariern erreicht, die in der Entwicklung zum Kommunismus begriffen sind. Der Grundsatz, daß der Massenstreik der Hebel der Massenbewegung ist, der nun einmal der Grundsatz der K.P.D. und der III. Internationale ist, trägt selber die Tendenz der Massenverdummung in sich, was immer nur eine Massenbewegung im reaktionären Sinne zur Folge haben kann.

Buchbinder! Euer Verband ist in Gefahr!

Dieser gellende Hilferuf findet sich nicht etwa im „Vorwärts" oder in der famosen „Freiheit". Er ist die „Rote Fahne", die ein Lamento über die Gefahr erhebt, die angeblich den Buchbinder-Verband bedroht, weil der kommunistische Gewerkschaftsbonze Kaspar vom Hauptvorstand seines Postens enthoben wurde. Die „Rote Fahne" mag beruhigt sein: wegen dieses einen Kaspar wird der Buchbinder-Verband nicht in die Brüche gehen. Auch die Existenz der anderen Verbände ist geschert, wenn die KPD. weiter für die Erhaltung der Gewerkschaften eintritt. Wenn ihre „Zellen" auch fernerhin so gut arbeiten wie bisher, ist bei Gott nichts Schlimmes zu erwarten. Sollte wirklich wider Erwarten irgendwo mit Hilfe der Zellentaktik eine Spaltung sich vollziehen, so wird die „Rote Fahne" rechtzeitig dafür zu sorgen haben, daß der Riß sobald als möglich wieder verkleistert wird.

Auf dem römischen Kapitol schnatterten einstmals die Gänse, als der Republik ernstliche Gefahren drohten! Die Redaktionsgänse der „Roten Fahne" beginnen immer dann zu schnattern, wenn auf dem Kasperle-Theater der Gewerkschaften etwas kommunistischer Theaterdonner die Szene beherrscht. Das Schnattern der Gänse auf dem Kapitol hatte sozusagen historischen Sinn. Das hysterische Geschrei der „Roten Fahne" wirkt doppelt komisch in einer Situation, wo der deutschen Arbeiterklasse größere Gefahren drohen, als sie die Kaltstellung des braven Kaspar im Buchbinder-Verband bedeuten. Das Ruhrgebiet steht vor dem Einmarsch der Franzosen. Oberschlesien brennt an allen Ecken Ostdeutschlands. Der Imperialismus der Entente versucht in Gemeinschaft mit der deutschen Kapitalistenklasse, die proletarische Revolution in Deutschland abzuwürgen. Was liegt da näher, als der verzweifelte Hilfruf: „Buchbinder! Euer Verband ist in Gefahr!

Ausland.

Verschärfung der Streiklage.

London, 13. Mai.

Die Streiklage in England, die in den letzten Tagen durch die Ernährung sich verbessert hatte, ist plötzlich wieder verschärft worden, es wird mit dem Generalstreik gedroht. Der Streik dauert jetzt schon 40 Tage. Die Bergarbeiter und Eisenbahner weigern sich überall, ausländische Kohle zu verladen, da man potentielle Arbeiter zur Bewilligung der Einfuhr von Kohle angestellt hätte. In Glasgow wurde der Generalstreik bereits erklärt.

Das Kabinett hatte gestern abend eine Sitzung, in der beschlossen wurde, die Eisenbahngesellschaften aufzufordern, für Beförderung ausländischer Kohle Sorge zu tragen. Man erwartet Unruhen auf Grund dieser Aufforderung. Die Regierung hat große Mengen Kohle im Ausland gekauft, die für Verkehrszwecke benutzt werden soll.

Matrosenrevolten in England.

Die erste Revolte.

London, 6. Mai.

„Daily Herald" erfährt aus Portsmouth: Hier befindet sich eine große Zahl von Marinesoldaten in Haft, weil sie im Kriegshafen Portsmouth ihren Dienst verweigert haben. Es heißt, daß sie auch Unterstützung erhalten sollen.

1200 Marinesoldaten revoltieren.

London, 6. Mai.

Eine zuverlässige Quelle erfährt „Daily Herald" weitere Details über die Revolte der Marinesoldaten bei Montmouthshire. Die Revolte fand in Newport statt. Die Zahl der Beteiligten an der Dienstverweigerung beläuft sich 1200 Mann. Sie wurden in Motorbooten nach Portsmouth gebracht. Sie wurden durch herbeigeholte Truppen umzingelt und abgeführt, nachdem sie zur Abgabe der Waffen aufgefordert worden waren.

Die zwei Zahlen auf englischen Marinebarometer.

London, 6. Mai.

„Daily Herald" berichtet aus Portsmouth: Am letzten Freitag wurde hier von einem Trupp Marinesoldaten auf dem Barometer die zwei Zahlen gekehrt. Die Soldaten wurden verhaftet und eine provisorische Wache zum Flaggenschiff beordert.

Was sagt die Regierung?

London, 6. Mai.

Die ganze bürgerliche Presse schwelgt sich über das sensationelle Ereignis in Newport aus. Im Namen der Regierung wurde im Unterhause folgende Erklärung abgegeben:

„Die Gerüchte, wonach eine Truppe von Marinesoldaten in Haft in Portsmouth ist, sind unrichtig. Ein Bataillon der Marinereserve hat während des militärischen Dienstes in Newport einen gemeinsamen Protestschritt gemacht, nachdem unbegründete Nachrichten umgelaufen waren, wonach sie als Streikbrecher verwendet werden sollten. Das Bataillon wurde nach Portsmouth zurückgebracht, wo die Angelegenheit untersucht wird."

Gärung unter den Reservisten.

London, 6. Mai.

Der Reservisten, die die Regierung zur Dienstleistung herangezogen hat, bemächtigt sich allmählich eine Erregung, die ebenfalls eine Ursache der Nervosität ist, die sich in Regierungskreisen zeigt.

Wie „Daily Herald" [illegible] in Aldershot faszinierten Reservisten ihre sofortige Demobilisierung. Sie erklären, daß sie nicht mehr geneigt sind, als Feinde der Arbeiterklasse betrachtet zu werden.

In Aldershot ist die Erregung unter den Reservisten sehr stark. Sie lehnen es ab, sie Industriekonflikte verwendet zu werden.

Aus dem demokratischen Amerika.

Newyork, 30. April.

Die Blätter berichten: Große Sensation erweckt die Enthüllung, wonach im Jahre 1920 der Nachdruck der Unabhängigkeitserklärung Amerikas (das Manifest Washingtons) von staatswegen verhindert wurde, mit der Begründung, daß diese Schrift geeignet ist, die soziale Ruhe zu gefährden.

Sowjetrußland.

Ein Interview mit Krassin in Belgien.

Paris, 3. Mai.

Auf seiner Reise nach Berlin ist Krassin in Ostende von einem Redakteur des Amsterdamer „Neptun" über die Handelsbeziehungen Sowjetrußlands mit Westeuropa interviewt worden. Krassin führte aus: „Wir haben von England bereits für mehr als vier Millionen Pfund Sterling Waren bezogen; hauptsächlich Stoffe, landwirtschaftliche und industrielle Artikel und Maschinen. In der letzten Zeit haben wir Fleisch und Fischkonserven, Reis und Baumwolle bestellt. Aus Deutschland haben wir Waren für mehr als 500 Millionen Mark bezogen, hauptsächlich industrielle und landwirtschaftliche Maschinen und Metalle. Schweden hat uns für 30 Millionen schwedischer Kronen Waren geliefert. Italien sendet uns Automobile, Eisenbahnmaterial. Genaue Produkte ohne. Was die Gegenleistungen betrifft, kann Sowjetrußland augenblicklich nicht sehr viel exportieren, aber sehr bald wird es Getreide und Petroleum in großer Masse exportieren können. Die Petroleumproduktion ist jetzt gut; in Baku betrug sie allein 15 Millionen Pud im Monat Februar. Auf die innerpolitische Lage übergehend, erklärte Krassin, daß das bolschewistische Regime heute in Rußland fester denn je ist. Die Schwierigkeiten mit den Bauern sind nicht eine Folge der bolschewistischen Regierung, sondern eine Folge des siebenjährigen Krieges und der Blockade. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen teilte Krassin noch mit, daß eine Bestellung auf 30 000 Tonnen Schienen, die ursprünglich England erhalten sollte, nunmehr an die belgische Industrie übergehe. Diese Bestellung stellt sich auf 40 Dollar die Tonne, obwohl gewisse deutsche Fabriken sie zu 42½ Dollar ausführen wollten, aber Krassin wollte mit der Uebergabe dieses Auftrags an die belgischen Industriellen bewirken, daß die Beziehungen zwischen Belgien und Sowjetrußland aufgenommen werden können und daß die belgische Regierung gut daran täte, großzügige Verhandlungen einzuleiten. Zum Schluß bestätigte Krassin noch mal, daß er auch für die französischen Industrie mehrere Aufträge übernommen hätte und daß die Vertreter der französischen Arbeitnehmerkreise sein Bestreben unterstützen in London friedlich beizutragen.

Aus der Internationale.

Aufruf der Exekutive an die französische Partei.

Moskau, 5. Mai.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale richtet folgenden Aufruf an die französischen Kommunisten:

„Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale richtet an Euch, auflösliche Eurer Gesinnung, seinen brüderlichen Gruß. Das Exekutivkomitee verfolgt mit Aufmerksamkeit die Entwicklung Eurer Partei und sieht mit Freude, daß sie wächst und erstarkt. Wir bemerken mit Freuden, daß Ihr den Namen der Kommunistischen Partei so auffaßt, wie es die Beschlüsse des 2. Kongresses erfordern. Ihr werteht die Fragen der Tagesordnung des 3. Kongresses zu prüfen habenpolitisch seid Ihr Euch an den Beispielen Gerratis, Levis, Cenerato darüber klar geworden, daß innerhalb gewisser Stadien nonhafter Kommunisten sich ein rechter Flügel bildet, welcher es versucht, die Kommunistische Internationale unter Ihren Einfluß zu nehmen. Wir bitten Euch, alles zu tun, soweit es von Euch abhängt, daß die französischen Kommunisten den besorgniserregenden Tendenzen sowohl in Frankreich als auch in der ganzen Internationale widerstehen. Wir erwarten von Euch die Entsendung einer möglichst großen Delegation zum 3. Kongreß und senden Euch unsere Grüße.

Gezeichnet: Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale."

Die Erkenntnis, daß sich ein rechter Flügel in der 3. Internationale bildet, kommt etwas spät. Wußte man nicht, daß die Gründung „kommunistischer" Massenparteien eine Kurschwenkung nach rechts bedeutete? Wenn man also jetzt gegen den Opportunismus der Levi, Gerratti und Cachin zu Felde ziehen muß, so heißt das, daß man sich genötigt sieht, die Auswirkungen der Politik zu bekämpfen, die man selber in Halle, Tours und Livorno heraufbeschworen hat.

Mitteilungen.

Jugend-Bewegung.

Durch den Hauptausschuß der K.A.P.D. ist allen Parteiortsgruppen ein Rundschreiben von uns zugegangen.

Wir ersuchen in den nächsten Sitzungen dazu Stellung zu nehmen und Nachricht zu geben.

Kommunistische Arbeiter-Jugend.

Laß die „Rote Jugend"!

Nr. 6 ist bereits erschienen.

4. Bezirk. Der frühere Genosse Alfred Hermann vom 4. Bezirk wegen parteischädigendem Verhalten ausgeschlossen worden.

Die Partei- u. B.-O. Mitgliedskarten:
Hermann Neumann, Schreinerstr. 26,
Friedrich Lampe, Markusstr. 1,
sind verloren gegangen, resp. abgenommen worden.
Wo diese Karten vorgezeigt werden, sind sie abzunehmen.

Der Weg des Dr. Levi — Der Weg der V. K. P. D.

Diese Broschüre ist soeben erschienen. Sie ist eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit der Broschüre Levis: „Unser Weg", damit eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit der Gesamtpolitik der KAP. und damit der Taktik der 3. Internationale.

Preis 2 Mk., für Parteimitglieder 1,50 Mk.

Soeben erschienen ist die Nummer 5 (April-Mai) des

„Proletarier"

Aus dem Inhalt:

An unsere proletarischen Mitkämpfer.
Lehren der Märzaktion. Nachschrift zu dem Offenen Brief an Lenin von Hermann Gorter.
Die Krise in der 3. Internationale.
Der Staat im Staate.
Die V.-O. als proletarische Organisation des Klassenkampfes.

Werbt für weiteste Verbreitung!

Verantwortlicher Redakteur: Johnny, Berlin.
Verlag: Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands.
Druck: Buchdruckerei Felix Wolf, G. m. b. H., Berlin S 14.

Nr. 196.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbez. Groß-Berlin.

Die Zeitung erscheint täglich nachmittags. — Zu beziehen durch die Ortsleitungen, Bezirksleitungen usw. — Abonnementspreis für 14 Tage 20 Mark. Der Einzelpreis beträgt 60 Pfennig.

Redaktion: N. Eppstein, Berlin NW. 52, Paulstraße Nr. 6.
Geöffnet täglich von 3 Uhr nachm. bis 6 Uhr abends.

Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 40 000. — Nachdruck nur mit genauer Quellenangabe gestattet. — Manuskripte werden nicht zurückgesandt. — Bei Versand unter Kreuzband 2.— Mark zuzüglich Porto.

Der „revolutionäre" Parlamentarismus der KAP.

Zwischen demokratisch-parlamentarischer Politik und Putschismus schwankt das Thermometer der KAPD. in der Geschichte. Die Mißaktion ist vorüber, deren Inszenierung von der Parteileitung der KAPD. voller Stolz als ihr Werk beschimpft wird. Das ist die neue Taktik der KAPD., als Partei Aktionen zu inszenieren. Wozu hat man eine kommunistische Massenpartei, wenn nicht zu dem einen Zweck, um die Mitglieder zu kommandieren, zur Beteiligung am Wahlkampf oder zum Kampf mit der Orgesch, Sipo und Reichswehr — je nachdem. Nachdem die KAPD. in den Märzkämpfen ihre vollständige Unfähigkeit gegenüber den Anforderungen der proletarischen Revolution der aller Welt dokumentiert hatte, scheint sie jetzt zu dem vernünftigen Entschluß gekommen zu sein, sich auf dem ihr besser vertrauten Boden des Parlaments vor der gesamten Internationale zu blamieren.

Die 21 Thesen, die der vorsichtige Kongreß angenommen hat — offenbar in der löblichen Absicht, der meuterischen Resolution zu dienen, erweisen sich ist länger je mehr als der bequemste Unterschlupf für jeden nur denkbaren Opportunismus. Für den Bankrott der ganzen und gar opportunistischen Gewerkschaftspolitik der KAPD. spricht am deutlichsten der Austritt des Gesamtvorstandes der Gelsenkirchener Union aus der Vereinigten Kommunistischen Partei. Der Opportunismus der „kommunistischen" Parlamentspolitik der KAPD. hat seinen Höhepunkt erreicht in jener denkwürdigen Rechtfertigung des Stehtonos am 10. Mai, in dem die Annahme des Entente-Ultimatums beschlossen wurde. In einer langen Erklärung hat der Fraktionsredner der KAPD. vor leeren Bänken die Stellung seiner Partei zur Frage der Annahme oder Ablehnung des Ultimatums zu erläutern versucht. Nur ist der kommunistischen Reichstagsfraktion bei dieser famosen Erklärung ein kleines logisches oder sonst wie lieber unlogisches Mißgeschick passiert. Oder können revolutionäre Proletarier in den nachstehenden Sätzen irgend einen Sinn von Logik finden?

„Unter der Herrschaft des bankrotten deutschen Imperialismus ist die Annahme des Ultimatums, dessen Ablehnung durch Deutschland zu erneuern eine politische Tatsache ist, ebenso katastrophal wie seine Ablehnung. Jeder Weg, auf der Grundlage der bestehenden Gesellschaftsordnung, wird eine unerträgliche Belastung bisher unbesoldeter Kämpfer zu finden, wird in die [illegible] Sackgasse führen. Es ist [illegible] unerträglich."

Unter der Herrschaft des bankrotten deutschen Imperialismus ist die Annahme des Ultimatums, dessen Ablehnung durch Deutschland zu erneuern eine politische Tatsache ist, ebenso katastrophal wie seine Ablehnung. Jeder Weg, auf der Grundlage der bestehenden Gesellschaftsordnung, wird eine unerträgliche Belastung bisher unbesoldeter Kämpfer zu finden, wird in die [illegible] Sackgasse führen. Es ist [illegible] unerträglich.